

MORNING NEWS

23. Oktober 2025

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	24.151,13	-178,90	-0,74	24.330,03	DJ 30	46.590,41	-334,33	-0,71	46.924,74
MDAX	30.007,74	-132,87	-0,44	30.140,61	NASDAQ	24.879,01	-248,12	-0,99	25.127,13
TEC DAX	3.763,49	-10,89	-0,29	3.774,38	Nikkei 225	48.573,77	-734,02	-1,49	49.307,79
Euro Stoxx50	5.639,21	-47,62	-0,84	5.686,83	Hang Seng	25.759,64	-22,13	-0,09	25.781,77
Bund Future	130,16	0,06	0,05	130,10	Euro / US-\$	1,1598	-0,00	-0,11	1,1611
Gold in US-\$	4.089,46	-8,97	-0,22	4.098,42	Öl (Brent) US-\$	64,66	2,07	3,31	62,59
Bitcoin / US-\$	108.799,04	1.109,39	1,03	107.689,66	Ethereum / US-\$	3.839,96	58,62	1,55	3.781,34

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	24.131	-20
NASDAQ Future	25.066,50	+27,25

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	238,17	1,32	0,01	236,85	276,22	3.154.125,00
Nokia OJ	4,79	0,06	0,01	4,73	5,55	66.700.514,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX	Quartalsergebnisse entnehmen Sie bitte dem Anhang			
Europäische Unternehmen	SEB (06:30 Q3), Lonza (07:00 Q3), SGS (07:00 Q3), Roche (07:00 Q3), STMicroelectronics (07:00 Q3), Nokia (07:00 Q3), Thales (07:00 Q3), Nexans (07:00 Q3), Volvo Cars (07:00 Q3), Stora Enso (07:30 Q3), Orange (07:30 Q3), Renault (08:00 Q3), Relx (08:00 Q3), Lloyds Banking Group (08:00 Q3), Unilever (08:00 Q3), LSE (08:00 Q3), Intercontinental Exchange (08:00 Q3), Vinci (17:45 Q3), Valeo (18:30 Q3), Konecranes Oyi (Q3); Unibail-Rodamco Westfield (Q3); Dassault Systemes (Q3); Prada (Q3):			

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
EWU	Verbrauchervertrauen, vorab	Oktober	16:00	-15,0 (-14,9)
Aufgrund des „Shut Downs“ Veröffentlichung unter Vorbehalt:				
USA	CFNA-Index	n/a	14:30	n/a
USA	Erstanträge auf Arbeitslosenhilfe	Vorwoche	14:30	225.000 (n/a)
USA	Wiederverkäufe Häuser	September	16:00	4,06 (4,00) Mio
USA	Kansas City Fed Verarbeitende Industrie	Oktober	17:00	2 (4)

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,29 (1,15)	10-jährige Bonds	+0,094	3,95%
Volumen NASDAQ	14,32 (10,81)	30-jährige Bonds	+0,203	4,53%

(/)=Vortag

Die **Sorge vor neuen US-Exportbeschränkungen gegen China** und eine **durchwachsene Bilanzsaison** haben die Wall Street am Mittwoch belastet. Der Dow-Jones-Index verlor 0,7 Prozent auf 46.590 Punkte. Der breiter gefasste S&P 500 gab 0,5 Prozent auf 6699 Zähler nach. Der Index der Technologiebörse Nasdaq fiel um 0,9 Prozent auf 22.740 Punkte.

Einem Bericht zufolge erwägt die Regierung von Präsident Donald Trump Beschränkungen für Exporte nach China, die mit US-Software hergestellt werden. Dies habe die Stimmung zusätzlich getrübt. Die neuen Beschränkungen könnten eine breite Palette von Waren von Laptops bis zu Düsentriebwerken umfassen und wären eine weitere Eskalation im Handelsstreit der beiden größten Volkswirtschaften der Welt.

Zudem wurde ein **geplanter Gipfel** zwischen **Trump** und seinem russischen Amtskollegen **Wladimir Putin auf Eis gelegt**, was die Hoffnung auf ein Friedensabkommen zwischen Russland und der Ukraine dämpfte. Zugleich hat der Kreml kurz vor dem EU-Gipfel die Angriffe auf das Nachbarland weiter verstärkt. **Auch im Nahost-Konflikt ist die Waffenruhe brüchig**. Israel und die Hamas im Gazastreifen werfen einander vor, die Vereinbarung gebrochen zu haben.

Bei den Einzelwerten drückte **Netflix** auf die Stimmung. Die Aktie des Streaming-Anbieters brach ein, nachdem das Unternehmen die Gewinnerwartungen für das Quartal verfehlt hatte. Auch **Texas Instruments** enttäuschte mit seiner Umsatz- und Gewinnprognose, was die Aktie des Chipherstellers nach unten zog. Der **Philadelphia Semiconductor Index**, der in diesem Jahr von der Begeisterung für Künstliche Intelligenz angetrieben wurde, gab deutlich nach. Dagegen sprangen die Papiere von **Intuitive Surgical** nach übertraffenen Quartalsergebnissen in die Höhe. Nach Börsenschluss wird mit Tesla das erste Unternehmen aus der als "Magnificent Seven" bekannten Gruppe von Technologiewerten seine Zahlen vorlegen.

Insgesamt verläuft die Berichtssaison jedoch positiv. Daten von LSEG zufolge haben bislang 86 Prozent der Unternehmen die Schätzungen der Wall Street übertroffen. Analysten erwarten nun für das dritte Quartal ein Gewinnwachstum der S&P-500-Unternehmen von insgesamt 9,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. "Man verdient sich hohe Bewertungen, indem man diese Erwartungen erfüllt, und im Allgemeinen haben die Unternehmen diese Erwartungen bisher erfüllt oder übertroffen", sagte Tom Hainlin, nationaler Anlagestrategie bei U.S. Bank Wealth Management. "Und diejenigen, die das nicht geschafft haben, werden von den Anlegern nicht mit Geduld belohnt."

US Unternehmen

Tesla hat im dritten Quartal dank eines Ansturms von Käufern vor dem Auslaufen einer US-Steuerergutschrift einen Rekordumsatz erzielt, die Gewinnerwartungen der Analysten jedoch verfehlt. Der Umsatz des in Austin im US-Bundesstaat Texas ansässigen Elektroautobauers belief sich auf 28,1 Milliarden Dollar, wie das Unternehmen am Mittwoch nach Börsenschluss mitteilte. Analysten hatten laut LSEG-Daten im Schnitt mit 26,37 Milliarden Dollar gerechnet. Der Gewinn pro Aktie lag mit 50 Cent jedoch unter den Schätzungen von 55 Cent. Die Bruttomarge übertraf mit 18 Prozent die Erwartungen von 17,5 Prozent. Die Tesla-Aktie gab im nachbörslichen Handel um weniger als ein Prozent nach. Der Ansturm auf die Fahrzeuge war durch das Auslaufen einer Steuerergutschrift von 7500 Dollar Ende September ausgelöst worden. Um das Volumenwachstum aufrechtzuerhalten, hat Tesla Anfang des Monats günstigere "Standard"-Varianten der Modelle Y und 3 eingeführt. Analysten warnen jedoch, dass dieser Schritt die Margen unter Druck setzen dürfte, da Kostensenkungen die niedrigeren Verkaufspreise möglicherweise nicht vollständig ausgleichen können. Für das Gesamtjahr 2025 rechnen Analysten wegen des Wegfalls der Steuerergutschrift, der Abhängigkeit von älteren Modellen und der zunehmenden Konkurrenz mit einem Rückgang der Auslieferungen um 8,5 Prozent. Zudem dürfte der bislang lukrative Verkauf von Emissionszertifikaten an andere Autobauer künftig deutlich weniger Geld einbringen (Reuters).

Beim IT-Unternehmen **IBM** hat die Softwaresparte im dritten Quartal wie schon im zweiten Jahresviertel trotz deutlicher Zuwächse enttäuscht. Deren Umsatz legte zwar im dritten Quartal im Vergleich zum Vorjahr um zehn Prozent auf 7,2 Milliarden Dollar (6,2 Mrd Euro) zu, wie der Konzern am Mittwoch nachbörslich in Armonk mitteilte. Allerdings blieb das von Experten viel beachtete Geschäft der Sparte Red Hat, einem Anbieter von sogenannten Hybrid-Cloud-Lösungen, hinter den Erwartungen zurück. Die in diesem Jahr bisher gut gelaufene Aktie gab nachbörslich in einer ersten Reaktion auf die Zahlen deutlich nach - und das, obwohl der Konzernumsatz etwas besser als erwartet ausfiel und der Gewinn sogar deutlich über den Erwartungen lag. Der Erlös kletterte um 9 Prozent auf 16,3 Milliarden Dollar, wobei zwei

Prozentpunkte des Wachstums auf den schwachen Dollar zurückgingen. Der um Sondereffekte bereinigte Gewinn legte um 17 Prozent auf 2,5 Milliarden Dollar an (dpa/AFX).

Der US-Laborausrüster **Thermo Fisher Scientific** hat dank einer robusten Nachfrage und Zukäufen seine Jahresprognose angehoben. Für das Gesamtjahr werde nun mit einem Umsatz zwischen 44,1 und 44,5 Milliarden Dollar nach zuvor 43,6 bis 44,2 Milliarden Dollar gerechnet, teilte der Konzern am Mittwoch mit. Der bereinigte Gewinn je Aktie solle zwischen 22,60 und 22,86 Dollar liegen, nach bislang anvisierten 22,22 bis 22,84 Dollar. Im abgelaufenen Quartal setzte der Konzern 11,12 Milliarden Dollar um und erzielte einen Gewinn je Aktie von 5,79 Dollar. Er übertraf damit die Schätzungen der Analysten (Reuters).

Marktmeldungen

Kanzler Friedrich Merz unterstützt den **EU-Kurs** der **Westbalkan-Staaten**. "Ich möchte es noch einmal betonen: Diese Länder, die wir Westbalkanstaaten nennen, gehören zu uns", sagte er nach einer Konferenz im Rahmen des sogenannten Berliner Prozesses am Mittwoch in London. Er habe den Vertretern dieser Staaten gesagt, dass sie als Mitglieder in der EU willkommen seien. "Wir begegnen uns als gleichberechtigte Partner, und das ist keine Kleinigkeit innerhalb dieser Region, die eben immer noch auch vom Schatten der Vergangenheit eingeholt wird, in der es immer noch nationalistische, spaltende Rhetorik gibt." Er rief besonders **Serbien** und **Kosovo** auf, ihre Differenzen zu überwinden. "Es ist an der Zeit, dass diese beiden Länder die eingegangenen Verpflichtungen vollständig umsetzen", sagte er. Merz betonte, dass es jedes Land selbst in der Hand habe, ob und wann es der EU beitreten könne. "Reformen in diesen Ländern sind der Schlüssel hierzu. Als Europäische Union können wir und werden wir hier keinen Rabatt gewähren."

Kanzler Friedrich Merz hat seine **umstrittenen Äußerungen zu "Problemen im Stadtbild"** präzisiert. "Ja, wir brauchen auch in Zukunft Einwanderung - das gilt für Deutschland wie für alle Länder der Europäischen Union", sagte der CDU-Vorsitzende am Mittwoch nach der Westbalkan-Konferenz in London. Menschen mit Migrationshintergrund seien ein unverzichtbarer Bestandteil des Arbeitsmarktes. "Wir können auf sie eben gar nicht mehr verzichten - ganz gleich, wo sie herkommen, welcher Hautfarbe sie sind und ganz gleich, ob sie schon in erster, zweiter oder vierter Generation in Deutschland leben und arbeiten", betonte Merz, dem zuvor vorgeworfen worden war, Ausländerfeindlichkeit zu schüren. Die meisten seien bereits Staatsbürger. Allerdings gebe es Probleme mit denjenigen, die keinen dauerhaften Aufenthaltsstatus hätten, nicht arbeiteten und sich "auch nicht an unsere Regeln halten". Diese bestimmten teilweise das öffentliche Bild in den Städten, sagte Merz. "Deshalb haben mittlerweile so viele Menschen in Deutschland und in anderen Ländern der Europäischen Union - das gilt nicht nur für Deutschland - einfach Angst, sich im öffentlichen Raum zu bewegen", fügte er hinzu. Das betreffe Bahnhöfe, U-Bahnen, bestimmte Parkanlagen, ganze Stadtteile, "die auch unserer Polizei große Probleme machen". Man müsse die Ursachen dieser Probleme gemeinsam in Europa lösen, um das Vertrauen der Bevölkerung in den Rechtsstaat wieder herzustellen und zurückzugewinnen, wo es verloren gegangen sei. Deswegen werde der EU-Gipfel am Donnerstag noch einmal über die gemeinsame europäische Einwanderungs- und Asylpolitik sprechen (Reuters).

Die **EU-Staaten** haben sich auf ein **19. Sanktionspaket** gegen **Russland** geeinigt. Erstmals wird dabei auch ein Einfuhrverbot für russisches Flüssigerdgas (LNG) ausgesprochen. Dies teilte die dänische EU-Ratspräsidentschaft am Mittwoch mit. Das letzte verbliebene Mitgliedsland habe seine Vorbehalte aufgegeben. Ein schriftliches Verfahren zur endgültigen Genehmigung sei eingeleitet worden. Wenn keine Einwände eingehen, werde das Paket am Donnerstag um 08.00 Uhr angenommen. Zuletzt hatte die Slowakei die Einigung blockiert, nachdem sich die EU-Staaten bereits vergangene Woche auf den endgültigen Text verständigt hatten. Der slowakische Ministerpräsident Robert Fico hatte von der Europäischen Kommission Zusicherungen bezüglich hoher Energiepreise gefordert. Zudem verlangte er eine Anpassung der Klimaziele an die Bedürfnisse von Autoherstellern und der Schwerindustrie. Das LNG-Verbot soll in zwei Stufen in Kraft treten: Kurzfristige Verträge enden nach sechs Monaten, langfristige Verträge ab dem 1. Januar 2027. Der vollständige Bann tritt damit ein Jahr früher in Kraft als im Fahrplan der EU-Kommission zum Ausstieg aus dem Import russischer fossiler Brennstoffe bislang vorgesehen. Das neue Paket enthält zudem Reisebeschränkungen für russische

Diplomaten und listet 117 zusätzliche Schiffe auf, deren Eigner mit Sanktionen belegt werden. Es handelt sich zumeist um Tanker der sogenannten Schattenflotte, mit denen Russland Sanktionen umgehen möchte. Damit erhöht sich die Gesamtzahl der Schiffe auf der Sanktionsliste auf 558 (Reuters).

US-Präsident Donald Trump begründet seine **Absage an ein persönliches Gespräch mit dem russischen Präsidenten** Wladimir Putin damit, dies habe sich nicht richtig angefühlt. Jedes Mal, wenn er mit Putin gesprochen habe, seien es zwar gute Gespräche gewesen, aber sie führten zu nichts. Er hoffe, dass die neuen Sanktionen Putin zur Vernunft bringen würden. Er hoffe auch, dass die Sanktionen nicht lange in Kraft bleiben müssten (Reuters).

Die **USA** verhängen **Sanktionen** gegen die **russischen Ölkonzerne Rosneft und Lukoil** und fordern die **Regierung in Moskau** zu einem **sofortigen Waffenstillstand im Krieg gegen die Ukraine** auf. Man sei zu weiteren Schritten bereit, teilt Finanzminister Scott Bessent mit. "Wir ermutigen unsere Verbündeten, sich uns anzuschließen und diese Sanktionen einzuhalten." (Reuters).

Trotz der Absage des Präsidentengipfels und neuer Sanktionen gegen russische Ölkonzerne streben die **USA** weiter ein **Treffen mit Russland** an. Das sagt Außenminister Marco Rubio auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Joint Base Andrews (Reuters).

US-Präsident Donald Trump bezeichnet einen Medienbericht über grünes Licht der US-Regierung für den **Einsatz von Langstreckenwaffen gegen Russland als Fake News**. Das "*Wall Street Journal*" hatte unter Berufung auf Regierungsmitarbeiter berichtet, der Ukraine werde der Einsatz einiger westlicher Langstreckenraketen gegen Ziele in Russland erlaubt (Reuters).

US-Präsident Donald Trump will sich nun doch noch in absehbarer Zeit mit dem **chinesischen Staatschef Xi Jinping** zu Verhandlungen über den **Handelsstreit** treffen. Beide Präsidenten würden am Rande des Apec-Gipfels in Südkorea zu einem Gespräch zusammenkommen, sagte US-Finanzminister Scott Bessent am Mittwoch dem Sender Fox Business Network. Trump hatte noch kürzlich offen gelassen, ob es zu der Begegnung kommen wird (Reuters).

Nach den umfangreichen nächtlichen **Angriffen auf die Energieversorgung** in der **Ukraine** greift **Russland** auch gezielt die Teams an, die die Schäden reparieren sollen. Das teilt Energieministerin Switlana Hryntschuk mit. Durch die Angriffe ist es landesweit zu Stromausfällen gekommen (Reuters).

Bei **Explosionen** in einer **Industrieanlage** nahe der russischen Stadt **Tscheljabinsk** im Ural kommen vier Menschen ums Leben. Fünf weitere Menschen werden schwer verletzt, teilt Gouverneur Alexej Teksler mit. Einen Zusammenhang mit Drohnenangriffen gibt es ihm zufolge nicht. Rettungskräfte sind vor Ort, um einen Brand unter Kontrolle zu bringen (Reuters).

Russland hat nach eigenen Angaben zwei weitere **Dörfer im Südosten der Ukraine** sowie eine **Insel im Süden des Landes eingenommen**. Die Streitkräfte kontrollieren nun Pawliwka in der Region Saporischschja und Iwaniwka in der Region Dnipropetrowsk, teilte das Verteidigungsministerium in Moskau am Mittwoch mit. Zudem hätten Fallschirmjäger den Fluss Dnipro überquert und die Insel Karantynnyj nahe der Stadt Cherson eingenommen, meldeten russische Nachrichtenagenturen am frühen Donnerstag. Das **ukrainische Militär** meldete seinerseits einen **Erfolg in der Region Donezk**. In der Nähe der Stadt Dobropillja habe das 132. selbstständige Bataillon der Luftlandetruppen das Dorf Kutscheriw Jar zurückerobert. Die ukrainischen Behörden hatten mitgeteilt, dass bei russischen Angriffen in der Nacht sechs Menschen getötet worden seien (Reuters).

In **Israel** hat ein **Gesetzentwurf**, der zur **Annexion des Westjordanlands** führen kann, die **erste parlamentarische Hürde genommen**. Die Vorlage zur Anwendung israelischen Rechts in dem besetzten Gebiet passierte am Mittwoch die Abstimmung mit 25 zu 24 Stimmen. Es handelt sich um den ersten von vier notwendigen Schritten zur Verabschiedung des Gesetzes. Die Abstimmung fiel mit dem Besuch von US-Vizepräsident JD Vance in Israel zusammen. US-Präsident Donald Trump hatte erst einen Monat zuvor erklärt, er werde eine Annexion des Westjordanlandes durch Israel nicht zulassen (Reuters).

Automobile / Zulieferer

Die **Bundesregierung** berät mit den **Autoherstellern** über mögliche **Lieferengpässe von Halbleitern** durch die Entwicklung beim niederländischen Chiphersteller Nexperia. "Wir nehmen die Situation der betroffenen Unternehmen sehr ernst und sind zum Sachverhalt mit den Unternehmen sowie den niederländischen und europäischen Partnern in verschiedenen Formaten im Gespräch", hieß es am Mittwochabend aus dem Bundeswirtschaftsministerium gegenüber *Reuters*.

Beim Autobauer **Volkswagen** kommt es ab nächster Woche einem Medienbericht zufolge wegen eines **Mangels an Bauteilen zu Produktionseinschränkungen** in zwei Werken. Das **VW-Werk Zwickau** werde am Mittwoch nächster Woche in Kurzarbeit gehen, berichtet die *"Bild"-Zeitung*. Die Entscheidung sei während einer Belegschaftsversammlung im Werk bekannt gegeben worden. Ein Sprecher von VW wies dies am Mittwochabend zurück. "Das ist definitiv nicht richtig", sagte er. Solche Aussagen seien dort nicht geäußert worden. Im **Stammwerk in Wolfsburg** kommt es laut *"Bild"* ab nächster Woche Mittwoch zum Stopp der Golf-Produktion. Grund seien fehlende Halbleiter aus China, weil der Chip-Hersteller im Handelsstreit zwischen den USA und China nicht mehr liefern kann. Dazu könne VW derzeit keine verlässlichen Aussagen treffen, betonte der Sprecher.

Einzelhandel

Europas größter Lebensmittelhändler **Carrefour** hält trotz eines verlangsamten Wachstums im dritten Quartal an seinen Finanzziele für 2025 fest. Der flächenbereinigte Umsatz kletterte von Juli bis September im Vergleich zum Vorjahr um 2,1 Prozent auf 22,6 Milliarden Euro, wie der französische Konzern mitteilte. Im zweiten Quartal hatte das Plus noch 4,4 Prozent betragen. In Frankreich, wo Carrefour die Preise gesenkt hat, um kaufkraftschwache Kunden anzulocken, stieg der Umsatz im dritten Quartal um 0,7 Prozent, nach einem Plus von 2,1 Prozent im Vorquartal. "Auf Basis des dritten Quartals verzeichnen wir eine sehr robuste Nachfrage nach Lebensmitteln, die trotz der politischen Unsicherheiten stabil bleibt", sagte Finanzchef Matthieu Malige. "Wir sehen zum jetzigen Zeitpunkt keine Abschwächung der Verbraucherdynamik", ergänzte er. Carrefour bekräftigte seine Ziele für 2025, die ein leichtes Wachstum beim Betriebsergebnis (Ebitda) und beim freien Barmittelzufluss vorsehen (*Reuters*).

Gesundheitswesen

Der Schweizer Arzneimittelzulieferer **Lonza** hat nach einem guten dritten Quartal seine Prognose für das Gesamtjahr 2025 bestätigt. Das Geschäft als Auftragsfertiger und -entwickler für die Pharmaindustrie (CDMO) habe sich stark entwickelt, teilte das Unternehmen mit. Zudem sei die Sparte für Kapseln und Gesundheitsinhaltsstoffe (CHI) wie erwartet auf den Wachstumspfad zurückgekehrt. Für das CDMO-Geschäft bekräftigte Lonza das Ziel eines währungsbereinigten Umsatzwachstums von 20 bis 21 Prozent bei einer bereinigten operativen Ergebnismarge (Core-Ebitda) von 30 bis 31 Prozent. Die CHI-Sparte soll währungsbereinigt im niedrigen bis mittleren einstelligen Prozentbereich wachsen. Die Vorbereitungen für einen Verkauf des CHI-Geschäfts liefen weiter. Wegen des schwächeren Dollars rechnet der Konzern weiter mit einem negativen Währungseffekt von 2,5 bis 3,5 Prozent auf Umsatz und Ergebnis (*Reuters*).

Öl & Gas

Indische staatliche Raffinerien prüfen einem Insider zufolge ihre Handelsdokumente für **russisches Öl**. Sie wollen damit sicherstellen, keine Lieferungen direkt von den russischen Konzernen **Rosneft** und **Lukoil** zu erhalten, sagt eine mit der Angelegenheit vertraute Person. US-Präsident Donald Trump hat wegen des Ukraine-Kriegs Sanktionen gegen die beiden Ölkonzerne verhängt (*Reuters*).

Sonstige

Der Umsatz des französischen Luxusgüterkonzerns und Gucci-Eigners **Kering** ist im dritten Quartal weniger stark gesunken als von Analysten befürchtet. Die Erlöse schrumpften von Juli bis September auf vergleichbarer Basis um fünf Prozent auf 3,42 Milliarden Euro, wie das Unternehmen mitteilte. Analysten hatten mit einem Rückgang von 9,6 Prozent gerechnet. "Die Leistung von Kering im dritten Quartal stellt zwar eine deutliche sequenzielle Verbesserung dar, bleibt aber weit hinter der des Marktes zurück", resümierte der neue Konzernchef Luca de Meo. Sorgenkind von Kering bleibt die Vorzeigemarke Gucci, deren Umsatz um 14 Prozent einbrach. Dies war das siebte Quartal in Folge mit einem zweistelligen Minus. Besser als erwartet schnitten dagegen die kleineren Marken Yves Saint Laurent und Bottega Veneta ab (Reuters).



STEBING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Wolfgang Schroth
T +49 69 29716 144
wolfgang.schroth@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigelegten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2025 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

